

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Dienstag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftl. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingstr. 16. Ruf 14574 u. 21 206.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldenverwaltung.
Beratungsbüro für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 50

Dresden, Montag, 29. Februar

1932

Nächste Reichstagsberatung noch unbestimmt.

Berlin, 27. Februar.
Der Reichstag hat am Freitag dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt im Einklang mit dem Artikel 113 der Reichsverfassung den Termin der nächsten Reichstagsberatung zu bestimmen. Von der sofortigen Festlegung eines Termins hat man hauptsächlich wegen der Unsicherheit über das Ergebnis des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl Abstand genommen. Wenn der erste Wahlgang schon die Entscheidung bringt, ist auf jeden Fall damit zu rechnen, daß der Reichstag schon in der zweiten Witzhälfte wieder zusammenzutreten wird. Arbeitssitz ist auch dem in monatlichen Beratungen der Ausschüsse durchgearbeiteten Kurstagmaterial reichlich vorhanden. Wenn der erste Wahlgang nicht zur Entscheidung führt, wird der Reichstag zwischen den beiden Wahlgängen kaum noch einmal zusammenzutreten. In diesem Falle wird die nächste Reichstagsberatung erst nach dem 10. April stattfinden. Dann wird auch der neue Reichstag voraussichtlich schon dem Reichstag zugehen. Ausschusssitzungen sind dagegen auch für die nächsten Wochen wieder in reichem Maße zu erwarten, um das ihnen überwiesene Material zu beraten. Der Haushaltsaufschuß ist bereits für den 17. März einberufen.

Amliche Festsetzung des Kleinverkaufspreises für Brot.

Berlin, 28. Februar.
Der Reichskommissar für Preisüberwachung erläßt angelehnt der Getreidepreisverordnung für Roggen und der sich daraus ergebenden tatsächlichen Bewegung am Roggenmarkte und der weiter getroffenen Maßnahmen zur Beemöglichung der Marktlage für Roggen und Roggenmehl folgende Verordnung:

Der Kleinverkaufspreis für Brot im Gewicht von mindestens 600 Gramm, zu dessen Herstellung mehr als 30 Proz. Weizenmehl der Roggen verwendet werden, darf nicht über den Stand der letzten vergangenen Woche erhöht werden.

Zu Verhandlungen werden mit Geldstrafe geahndet. Diese Anordnung tritt mit der Bekanntgabe in der Funkstunde Berlin am 29. Februar in Kraft.

Ich weise darauf hin, daß ich bejagt bin, bei Verhandlungen die Fortführung des Betriebes zu unterstützen und die Schließung der Betriebs- und Geschäftsräume zu vermeiden.

Abbruch der Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Gastwirten.

Keine Biersteuererhöhung bei Fortdauer des Bierpreises.

Berlin, 27. Februar.
Die Wollsch Büro vom unrichtigen Seite erklärt, hat der Reichsfinanzminister die Verhandlungen mit den Vertretern der Gastwirte abgebrochen.

In aufständiger Stelle wird die Nachricht bestätigt, daß die beabsichtigte Senkung der Biersteuer unterbleiben wird, wenn die beteiligten Organisationen den Bierpreis nicht beenden werden.

Ein neues Hochverratsverfahren gegen Scheringer.

Berlin, 29. Februar.

Der Oberreichsanwalt hat gegen den früheren Reichswehrminister Richard Scheringer, der im Ulmer Offiziersprozeß vor dem Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat eine Festungstrafe von 1 1/2 Jahren erhielt, erneut Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben und die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Reichsgericht beantragt. Die umfangreiche Anklage weist Scheringer vor, er habe während der Festungstrafe in Gollnow durch Veröffentlichung zahlreicher Schriften und Zeitungsartikel hochverräterische Handlungen begangen. Die Schriften und Zeitungsartikel habe der frühere Reichswehrminister, der während der Verbannung der Festungstrafe in Gollnow zur kommunistischen Partei übergetreten sei, im Interesse der kommunistischen Partei und ihres Funktionärkörpers geschrieben. Eine solche Propagandaaktivität durch literarische Werke bedeute aber Vorbereitung zum Hochverrat.

Der Termin gegen Scheringer wird voraussichtlich noch im Laufe des Frühjahrs stattfinden.

Die Reichspräsidentenwahl.

Sichere dein Wahlrecht!

Berlin, 27. Februar.
Zur Reichspräsidentenwahl sind nur die Reichsangehörigen zugelassen, die in einer Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen sind. Listen und Karten werden von der Gemeindebehörde geführt, in der der Stimmberechtigte seinen Wohnsitz hat; sie werden vom Donnerstag, den 3. bis Sonntag, den 6. März, bei den Gemeindebehörden ausgelegt. Es ist Pflicht eines jeden Staatsbürgers, die Listen während der Auslegungzeit einzusehen oder durch eine zuverlässige Vertrauensperson einsehen zu lassen. Fehlt sein Name, so muß er dies sofort der Gemeindebehörde mitteilen. Eintrag in der Wählerliste ist auch Voraussetzung für die Ausstellung von Wahlzertifikaten für solche Wähler und Wählerinnen, die sich am Wahltag auf Reisen befinden. Bei der großen Arbeit, die die Anlegung der Wählerlisten für die Gemeinden bedeutet und dem zahlreichen Wohnungswechsel sind Versähen bei Anlegung und Fortführung der Listen nicht ausgeschlossen. Deshalb prüft jeder Wähler die Listen auf Richtigkeit. Die Räume, in denen die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen, werden durch Plakate oder in den Tageszeitungen bekanntgemacht.

Die Organisation des Hindenburg-Ausschusses.

Berlin, 27. Februar.
Die Organisation ist nun in allen deutschen Ländern und Provinzen Deutschlands aufgebaut. Grundsätzlich gehen der Geschäftsstelle Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 9 (Telephon: Jäger A 1 67 76) Meldungen über die Reorganisation von Ortsausschüssen und Anforderungen von Rednern für Hindenburgkundgebungen zu. Die Landesausschüsse richten von sich aus entsprechende Aufrufe an die Bevölkerung. Am Sonntagabend veröffentlichter Aufruf ist von dem Führer des Landesausschusses für die drei niederländischen Wahlkreise, dem bekannten Streiter in der Reichswehr, Oberst a. D. Dr. h. c. Schwerdtfeger und einer großen Zahl angegebener Persönlichkeiten Niederländens unterzeichnet worden.

Wahlaufruf des Deutschen Frauen-Ausschusses.

Berlin, 27. Februar.
Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit, daß sich ein Deutscher Frauen-Ausschuß, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 9, gebildet hat, der mit folgendem Aufruf an die Öffentlichkeit tritt:

Das deutsche Volk wählt am 13. März seinen Reichspräsidenten. Deutsche Frauen! Deutsche Mütter! Wem wollt du dieses höchste Amt anvertrauen? Dem Manne, der deutsches Land im Osten vor dem Einbruch der Feinde rettete, dem Manne, der in der Zeit des Zusammenbruchs treu und pflichtbewußt das alte Deutschland in den neuen Staat hindert, dem Manne, der sieben Jahre lang als Treuhänder des ganzen deutschen Volkes das Amt des Reichspräsidenten mit überlegener Einsicht, mit der Kraft eines festigen Willens und mit verantwortungsbewußter Entscheidungsfähigkeit geführt hat, dem Manne, dessen Lauterkeit, Richtigkeit und tiefbegründetes Gottvertrauen als Vorbild vor jeder deutschen Seele steht, dem Manne, der sein ganzes Leben dem Wohle des Vaterlandes geweiht hat: Hindenburg! Ihm sollst du Berechtigung, ihm schenktst du Vertrauen, ihm gib deine Stimme.

Deutscher Frauen-Ausschuß für die Hindenburg-Wahl.

Der „Angriff“ auf 6 Tage verboten.

Warnung des Reichspräsidenten an die NSDAP.

Berlin, 27. Februar.

Der Reichspräsident hat an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„In letzter Zeit sind durch die nationalsozialistische Presse und durch Versammlungsbredner der NSDAP Teile der Bevölkerung mehrfach öffentlich des Landesverrats beschuldigt und dadurch auf das schwerste beleidigt worden. Deshalb habe ich mich veranlaßt gesehen, Ihre Parteileitung für Berlin „Der An-

(gez.) Dr. Anna Mayer, Minna Amann, Frau M. Wolf, Frau Emily Krüger, Charlotte Baum, Maria Hellerberg, Frau Georg, Frau Anna Kapler, Clara Krause, Katharina Müller, Margarete Schudert, Gräfin von der Schulenburg, Margarethe Wolff, Mathilde Wolff, Dr. Agnes von Johu-Garnad.

Diesem Aufruf haben sich Frauen auch im ganzen Deutschen Reich angeschlossen.

Die Christlichen Gewerkschaften für Hindenburg.

Berlin, 27. Februar.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Der 13. März ist für das deutsche Volk ein Tag der Entscheidung. Kräfte des Aufruhrs, Kräfte der Volkserregung, Kräfte der sozialfeindlichen Reaktion wollen den Tag zum Umsturz des „herrschenden Systems“ machen. Der Umsturz des „Systems“ gilt der Beilegung des Volksstaates. Er gilt der Zerschlagung der sozialen Entwicklung. Er gilt der Vernichtung der Gewerkschaften, der organisierten Selbsthilfe der Arbeiterkraft. Er gilt der Zurückverwerfung der Arbeiterkraft in ein rechtsloses Massenchaos. Ein deutscher Mann steht diesem Zerstückelungsversuche entgegen.“

Nach einer warmen Schilderung der Verdienste Hindenburgs um Reich und Volk schließt der Aufruf:

„... Jeder christliche Arbeiter wird mit allen Kräftefinnen des Volkes am 13. März an der Wahlurne Hindenburg seinen Dank sagen.“

Finanzminister Dietrich zur Wahl.

Berlin, 28. Februar.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hielt heute mittag auf einer öffentlichen Kundgebung der Deutschen Staatspartei eine Ansprache, in der er u. a. betonte, daß der 13. März ein Schicksalstag für das deutsche Volk werde. Der Ruf nach dem Systemwechsel kann höchstens bedeuten Inflation, Arbeitsmangel, Streit um Dinge, die wie die Reparationen auf dem Wege der Erledigung sind. Es ist Gefahr im Verzug für unser Volk und Vaterland; deshalb müssen wir hinwegsehen über alle Gegensätze, die Gefahren scharf erkennen, den Überlauben an die Allmacht des Staates verwerfen und das Volk muß sich wieder auf sich selbst und auf die Kräfte verlassen, die in ihm ruhen. In dieser Auffassung muß die Wahl am 13. März verstanden werden; dann werden die Nationalsozialisten geschlagen werden und Hindenburg wird siegen.

Hitler protestiert.

Berlin, 29. Februar.

In einem Brief an den Reichspräsidenten protestiert Hitler gegen Stellen des sozialdemokratischen Aufrufs, in denen dargelegt wird, daß eine Wahl Hitlers gleichbedeutend mit Chaos in Deutschland und ganz Europa und Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse usw. sei. Hitler fordert Zurücknahme dieser Beschuldigungen. Er werde sie, wenn sie unter Herabsetzung des Namens des Reichspräsidenten erfolgten und nicht zurückgewiesen würden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise abzuwehren wissen.

Weiter beschwert sich Hitler über Beinträchtigung der Pressefreiheit, der Wahlfreiheit und der Propaganda durch die Behörden, insbesondere Preußen, wobei er auf die Äußerungen des

preussischen Innenministers Seevering auf der Verammlung der preussischen Ober- und Regierungspräsidenten über die Staatsfeindlichkeit der Nationalsozialistischen Partei verweist.

Schließlich protestiert das Schreiben gegen die Erklärung des Reichswehrministers Groener gegen Goebbels im Reichstag und behauptet, eine Beschimpfung des Reichspräsidenten durch Goebbels sei nicht erfolgt.

Gegen die Behauptung, er sei österreichischer Deserteur gewesen und hätte deshalb seine Staatsangehörigkeit verloren, behauptet Hitler, daß er schon im Februar 1914 überhaupt keine österreichische Wehrverpflichtung mehr gehabt habe und mithin aus freiem Willen und nur aus nationaler Begeisterung bei Kriegsausbruch in die deutsche Armee eingetreten sei.

Hitler und die Verfassung.

Berlin, 27. Februar.

In einer Verammlung im Sportplatz sagte Hitler in einer Rede u. a.:

„Jetzt sei es eine schöne These, zu sagen, der Reichspräsident sei der Bewahrer der Verfassung. Ein deutscher Präsident habe sich aber in erster Linie als Bewahrer des deutschen Volkes zu fühlen, denn die Verfassung sei nicht um ihrer selbst willen, sondern für das Wohl und für die Zukunft des Volkes geschaffen worden. Die Stunde der Abrechnung sei gekommen.“

Berliner Aufruf zur Wahl. — Zahlreiche politische Zwischenfälle.

Berlin, 28. Februar.

Zu der in 14 Tagen stattfindenden Reichspräsidentenwahl haben heute die verschiedenen politischen Parteien mit der Wahlpropaganda begonnen. In erster Linie waren es die radikalen Parteien, die schon in den frühen Morgenstunden mit der Fol- und Straßenpropaganda begannen. Hierbei ist es dann in verschiedenen Stadtteilen zu mehr oder minder schweren Zwischenfällen gekommen. So gerieten Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleute in Pantow in eine Schlägerei, bei der 30 Personen von der Polizei zwangsgewaltsam getrennt wurden. In der Invalidenstrasse mußte die Polizei bei einer Schlägerei zwischen dem gleichen Gruppen mit dem Polizeiknüppel vorgehen. Hier wurden 27 Personen der Arrestung I zugeführt, während 5 Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist der Rettungswache angeleitet wurden.

Zu einem Überfall von Nationalsozialisten auf Reichsbannerleute kam es mittags in der Seestraße, wobei von zwei verletzten Reichsbannerleuten einer ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Acht Nationalsozialisten, die in die Schlägerei verwickelt waren, mußten den Weg zum Alexanderplatz antreten.

Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Remdenborf-Or nahm die Polizei 17 Sicherungen vor. Bei der Folpropaganda wurde dann noch in der Göttenstraße ein Nationalsozialist von Kommunisten überfallen und durch Fußtritte am Kopf und Unverletzt so schwer verletzt, daß die Polizei die Überführung ins Krankenhaus anordnen mußte. Bis zum Spätnachmittag waren insgesamt 120 Personen dem Polizeipräsidium zugeführt worden, von denen rund 50 nach Feststellung der Personalien wieder entlassen wurden.

und Deutsche als der Wähler des deutschen Volkes unwürdig hinstellen.

Ich bin nicht gewillt, diese Form des politischen Kampfes, von der nunmehr auch der von allen Kreisen des deutschen Volkes als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl proklamierte Herr Reichspräsident v. Hindenburg betroffen worden ist, in meinem Amtsbereich weiterhin zu dulden und werde dieser Methode entgegenzutreten. In Zukunft werde ich daher sowohl Presseerzeugnisse verbieten, wie auch öffentliche Versammlungen auflösen, in denen deutsche Staatsbürger gemeinsam öffentlich durch Bezeichnung als Landesverräter mittelbar oder unmittelbar